

perspektiven 4

Rundbrief der LOBBI / Frühjahr 2009

„Sechs Millionen sind nicht genug“ - Welle antisemitischer Vorfälle [Rückblick 2008](#)
- [Wieder mehr Gewalt](#) Rechte Leistungsmärsche [Trauerpropaganda aus und in M-V](#)
Überfall in Bad Kleinen bleibt straflos [Interview: „Eine klare Positionierung: Ja wir haben ein Problem!“](#) Gut informiert [Modell „Bürgerinitiative“ in weiteren Städten](#)



Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserin,
lieber Leser,

in vielen Fällen werden nach rechtsmotivierten Angriffen die Täter ermittelt und verurteilt. Manchmal aber ist dies, auch nach intensiven polizeilichen Nachforschungen, nicht möglich. Die Opfer können das akzeptieren, wenn für sie nachvollziehbar ist, dass die Polizei das Mögliche versucht hat, um die Angreifer zu identifizieren.

Für die Betroffenen des Angriffs in Bad Kleinen (siehe rechts) wird das wohl kaum zutreffen. Besondere Brisanz kommt dem Fall zu, weil die Art des Angriffs und das Verhalten der Polizei an den Überfall auf NazigegegnernInnen am Bahnhof Pölchow im Juni 2007 erinnern. In diesem Fall wurde spät und auch nur gegen drei mutmaßliche Schläger Anklage erhoben. Noch immer ist kein Prozesstermin bekannt. Vermutlich wird dieser nicht vor Juni stattfinden – erst zwei Jahre nach dem Angriff.

Die Täter stammten in beiden Fällen aus dem Umfeld von NPD und Kameradschaften aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Angreifer kommen weitgehend ungeschoren davon und können sich unbehelligt den Wahlkämpfen widmen. Im Internet höhnt ein Rechter die Betroffenen: „Nach ‚Endstation Pölchow‘ folgte nun wohl ‚Zwischenstopp Bad Kleinen‘. In MV benimmt sich der gewöhnliche Antifaschist wohl besser... Sonst gibt es Ordnungsbackse!“.

Überfall bleibt offenbar straffrei

Nach einem Aufmarsch am 01. Mai 2008 in Hamburg überfielen Neonazis am Bahnhof Bad Kleinen GegendemonstrantInnen. Die Ermittlungen zu den Tatverdächtigen wurden ergebnislos eingestellt. Nun werden Vorwürfe gegen Polizeibeamte untersucht.

Scheinbar geplant

Bereits vor und während des Aufmarsches der NPD und so genannter „Freier Nationalisten“ in Hamburg erfolgten gewalttätige Übergriffe auf JournalistInnen und GegendemonstrantInnen. Über 50 Neonazis aus Rostock und Vorpommern war es nicht gelungen, zum Demonstrationsort vorzudringen. Sie wichen daraufhin in das nahe gelegene Bad Oldesloe aus und veranstalteten dort einen weiteren Aufmarsch. Offenbar wartete diese Gruppe dann gegen 20 Uhr auf dem Bahnhof Bad Kleinen, als ein Zug aus Hamburg mit TeilnehmerInnen der Anti-Rechts-Proteste einfuhr. Betroffene berichteten damals gegenüber der LOBBI, dass viele der Rechten bereits verummmt und offensichtlich auf die Ankunft der NazigegegnernInnen vorbereitet waren. Mindestens 20 von ihnen stürmten sofort in den haltenden Zug, sperrten einen Waggon ab und griffen gezielt Personen an, die sie für Linke hielten. Andere filmten das Geschehen vom Bahnsteig aus. Im unteren Abteil wurden mehrere Personen geschlagen und getreten, bis sie zum Teil stark blutend aus dem Zug fliehen konnten. Im oberen Abteil schlugen Rechte mit Fäusten und Flaschen auf zwei Jugendliche ein. Die Betroffenen erlitten Platzwunden im Gesicht, die im Krankenhaus Wismar und in Rostock behandelt werden mussten.

Hilflos und wütend

Die Angegriffenen hatten immer wieder versucht, die Polizei zu alarmieren. Am Telefon wurden sie nicht ernst genommen und ihnen unterstellt, dass sie lügen würden. Die Beamten trafen erst ein, als die Angriffe bereits vorbei waren, obwohl die Neonazi-Gruppe den Tag über unter polizeilicher Beobachtung stand. Ihre Erfahrungen schilderte eine Betroffene wie folgt: „Ich hatte nun erwartet, dass wir als Opfer einer Gewalttat ernst genommen werden würden und dass die Beamten ein Interesse zeigen würden, die Angreifer zu stellen (...) Stattdessen wurde der Vorfall(...) bagatellisiert. Der Kommentar: ‚Wir haben solche Probleme nur, wenn Ihre beiden Gruppen aufeinander treffen‘ suggerierte, dass wir quasi selber Schuld an diesem Überfall seien. Die laxen Art, mit der die Beamten diesen Vorfall aufnahmen und besonders die Absicht, die Opfer dieses Angriffs als TäterInnen darzustellen, machte mich so unglaublich wütend. Gleichzeitig fühlte ich mich absolut hilflos. Wenige Meter von uns entfernt standen Leute, die vor ein paar Minuten auf uns losgegangen waren, uns bedroht und geschlagen hatten. Dass ich mich nun dafür rechtfertigen sollte, dass ich und die anderen sich gegen die Verbreitung so einer menschenfeindlichen Ideologie engagierten, war für mich unbegreiflich.“ Später kam es auf dem Rostocker Bahnhof zu einer Gegenüberstellung. Die drei Rechten, die die Polizei einem Betroffenen zeigte, gehörten aber nicht zu den Angreifern. Er sah jedoch einen der Schläger und teilte dies den Beamten mit, die dessen Personalien aber nicht aufnahmen.

Keine Aufklärung möglich

Die Staatsanwaltschaft Schwerin teilte einigen Betroffenen nun mit, dass keine Täter ermittelt werden konnten und die Aufklärungsmöglichkeiten gegenwärtig erschöpft sind. Statt dessen ermittelt sie jetzt wegen Strafvereitelung im Amt. ■

Impressum:
PERSPEKTIVEN / März 2009
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395 455 07 18
mail@lobbi-mv.de / V.i.S.d.P.: Kay Bolick

Foto: LOBBI / Jüdische Gemeinde Rostock
im Januar 2009

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den
Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per
Mail erhalten wollen.

Rückblick 2008: Wieder mehr Gewalt

Über einhundert Angriffe im letzten Jahr belegen die anhaltende Gewaltbereitschaft der rechten Szene in Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem die Zahl zielgerichteter Sachbeschädigungen stieg an. Die LOBBI konnte vielen Betroffenen Beratung und Unterstützung anbieten.

Hunderte Menschen betroffen

In der Bilanz für das vergangene Jahr musste die LOBBI 102 Angriffe in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnen. Damit erreicht das Ausmaß rechter Gewalt wieder das hohe Niveau aus dem Jahr 2006*. Über 300 Menschen waren von den Angriffen direkt oder indirekt betroffen. Darunter fallen 40 Körperverletzungen, wie die Angriffe auf Punks in Stralsund und Rostock. Die LOBBI erfasste 31 versuchte Körperverletzungen, Nötigungen oder schwerwiegende Bedrohungen, wie die Flaschenwürfe auf einen libanesischen Asylbewerber in Neustrelitz. Mindestens 29 Brandstiftungen und zielgerichtete Sachbeschädigungen dokumentierte die LOBBI, wie beispielsweise die offenbar planmäßig ausgeführten Attacken auf Fahrzeuge von Polinnen und Polen oder auf Dönerstände und Asiaimbisse.

Die Angriffe richteten sich mehrheitlich gegen alternative Jugendliche, bei einem Viertel der Attacken war Rassismus das Motiv. Im Jahr 2008 wurden zudem wieder Menschen und Einrichtungen, die sich gegen Rassismus, Nationalsozialismus und Antisemitismus engagieren, zum Angriffsziel rechter Gewalt. Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen und erster ähnlicher Vorfälle in diesem Jahr ist zu befürchten, dass sich gerade die gezielte Einschüchterung von politischen GegnerInnen auch 2009 fortsetzt. Auffällig waren im vergangenen Jahr auch die Angriffe rechter Gruppen auf die Polizei in Löcknitz, Teterow und Rostock.

Individuelle Unterstützung und kommunale Intervention

Mehr als 200 Betroffene, Zeugen und Zeuginnen, sowie Angehörige nahmen im vergangenen Jahr das Beratungsangebot der LOBBI in Anspruch. Die MitarbeiterInnen haben im vergangenen Jahr über 600 Mal Menschen in psychosozialen und rechtlichen Fragen beraten, bei Behördengängen und Anträgen unterstützt, zu Gerichtsverhandlungen begleitet und im Umgang mit Medien zur Seite gestanden.

Bestandteil des LOBBI-Konzepts sind auch lokale Interventionen, die über die individuelle Beratung der Opfer hinausgehen. Dabei geht es um konkrete Arbeit mit den Betroffenen, die darauf abzielt, deren Situation in der Kommune oder Region nachhaltig zu verbessern. Im Jahr 2008 war dies 35 Mal der Fall. Beispielhaft für dieses Agieren: die Situation in Boizenburg. Allein elf rechtsmotivierte Angriffe auf alternative Jugendliche registrierten die BeraterInnen dort im vergangenen Jahr, in der Mehrzahl Körperverletzungen. Trotz dieser Häufung war rechte Gewalt lange Zeit kaum ein Thema der öffentlichen Diskussion. Die Betroffenen fühlten sich mit ihren Problemen zu Recht alleine gelassen. Die LOBBI unterstützte sie bei ihren Anstrengungen, auf die Attacken und deren Charakter hinzuweisen und Konsequenzen einzufordern. Gesprächsrunden, Öffentlichkeitsarbeit, Treffen mit dem Bürgermeister, der Polizei VertreterInnen der Jugendarbeit und engagierten BürgerInnen - zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum Westmecklenburg - gehörten dazu. Diese gemeinsamen Bemühungen haben bereits zu einem gestiegenen Problembewußtsein und ersten konkreten Vereinbarungen zur Unterstützung der Betroffenen geführt. Als Erfolg ist auch eine gemeinsame Protestaktion gegen einen NPD-Infostand am 12. März zu werten. Belastet wurde das neue Vertrauensverhältnis jedoch durch einen Zwischenfall am 07. Februar. Jugendliche, die gegen eine rechte Kundgebung protestieren wollten, werfen den eingesetzten Beamten sexuelle Belästigungen, Bedrohungen und rassistische Beleidigungen vor. ■

Waren - Müritz / 21. November 2008

Drei junge „Hooligans“, die in rechten Kreisen verkehren, folgen einem links-orientierten Jugendlichen auf dem Heimweg von einer Party. Einer von ihnen fordert den 17-jährigen zu einer Schlägerei heraus und die anderen beiden bedrängen dessen Kumpel. Als der 17-Jährige die Herausforderung ablehnt, wird er mehrfach geschlagen und zu Boden geworfen. Der Angegriffene trägt mehrere Prellungen im Gesicht davon. Die Gruppe hat dem Betroffenen in der Vergangenheit bereits mit Gewalt gedroht und ihn als „Scheiss Zicke“ beschimpft.

Grevesmühlen / 22. November 2008

Unbekannte werfen bei fünf Geschäften von Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund die Scheiben ein. Es entsteht ein Sachschaden von mehreren tausend Euro. Die Polizei geht von einem rassistischen Tatmotiv aus .

Teterow / 29. November 2008

Nachdem die Polizei am späten Samstagabend eine als Geburtstagsfeier getarnte rechte Musikveranstaltung in einer Gaststätte beendet, randalieren etwa 20 Rechte in der Teterower Innenstadt. Schließlich umringen sie einen herannahenden Streifenwagen und beginnen sofort, das Fahrzeug mit Fäusten und Füßen zu traktieren. Dabei brechen sie Spiegel ab und schlagen Scheiben ein. Die Beamten im Wagen bleiben unverletzt und verfolgen die flüchtenden Angreifer. Ein Täter wird am 04. Februar 2009 zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Friedland / 06. Dezember 2008

Nach einem Konzert werden BesucherInnen von mehreren Dutzend Rechten zunächst mit Sprüchen wie: „Scheiß Zeckenpack“, „Ihr habt kein Recht hier ein Konzert zu machen“ oder „Friedland bleibt braun“ beschimpft. Dann schlagen drei der Rechten auf zwei Konzertbesucher ein. Einer der beiden erleidet einen Nasenbeinbruch, der andere Jugendliche Platzwunden und eine leichte Gehirnerschütterung. Anderen vom Ort flüchtenden Gästen werden Steine und Flaschen hinterher geworfen.

Schwerin / 07. Dezember 2008

Etwa 30 Rechte aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Schwerin greifen ein alternatives Jugendzentrum in der Innenstadt an. Sie bewerfen Gäste und OrdnerInnen mit Flaschen und Steinen. Glücklicherweise wird niemand verletzt und es entsteht nur geringer Sachschaden. Die Angreifer hatten zuvor an einem Aufmarsch in Berlin teilgenommen und bewegten sich schon sechs Stunden mit Polizeibegleitung durch die Stadt.

Güstrow / 25. Dezember 2008

An der Geschäftsstelle der LINKEN werden Scheiben eingeworfen und rechte Parolen geschmiert. Die Polizei geht davon aus, dass die TäterInnen der Gruppe AUTONOME NATIONALISTEN GÜSTROW (ANG) angehören. Diese besprühen auch weitere Gebäude mit rechten und antisemitischen Parolen, darunter auch das ehemalige Jüdische Gemeindehaus mit dem Spruch „Bomben auf Israel“.

„Eine Positionierung: Ja, wir haben ein Problem!“

Für kontroverse Diskussionen in Malchin und mediale Aufmerksamkeit sorgten in der Vergangenheit weniger die Aktivitäten der „Autonomen Nationalisten“ aus der dortigen Kameradschaft, sondern die Gegenaktivitäten. Dabei ist die rechte Szene in der Kleinstadt im Landkreis Demmin ein äußerst aktiver Bestandteil in den Neonazi-Netzwerken von Mecklenburg-Vorpommern. Kameradschaftsmitglieder werden für Angriffe auf alternative Jugendliche, Propagandaaktionen und Sprühereien im Ort selbst und darüber hinaus verantwortlich gemacht. LOBBI sprach mit drei Malchiner Jugendlichen über die Situation in der Stadt.

Im August letzten Jahres wurde eine Gruppe von Euch durch verummte Rechte angegriffen. Kam es schon vorher zu derartigen Übergriffen?

S: Nein. Na ja, zumindest nicht mit so schweren Folgen, also nie mit so ernsthaften Verletzungen. Eines der Opfer musste ja für drei Tage ins Krankenhaus, wegen einer Lungenprellung. Mir wurden allerdings vor einem Supermarkt schon mal die Beine weggetreten.

F: Zwischenfälle gab es schon. Besonders im Sommer ein oder zwei Mal in der Woche. Es ist uns immer präsent, dass es Nazis gibt, es kam öfter zu Beschimpfungen - mir wurde wegen eines „Gegen Nazis“ Aufnehmers mit einem Totschläger gedroht. Bei einem Freund von uns wurde dreimal versucht, die Fensterscheiben einzuwerfen.

Wie reagiert Ihr auf solche Attacken?

M: Ich bin auf jeden Fall vorsichtiger geworden. Vor allem abends, wenn man durch die Straßen geht, sieht man sich um oder hört, ob jemand grölt oder schaut nach bekannten Autos.

S: Wenn ich allein bin, achte ich darauf, Wege zu nehmen, bei denen ich noch Ausweichmöglichkeiten habe.

F: Und wir versuchen, gerade nachts nicht allein zu gehen. Es ist auch klar, dass wir Freunde anrufen können, wenn was los ist. Alle wissen halt: Das könnte mir ja auch passieren.

Antifaschistische Gruppen organisierten eine Demonstration nach dem Angriff im Sommer. Wie habt Ihr die Demonstration empfunden?

M: Ein extrem solidarischer Akt und ein gutes Zeichen. Man hatte das Gefühl, dass sich andere für uns und die Situation in Malchin interessieren.

S: Gelungen - ich fand es einfach nur gelungen. Eine gute Gegenreaktion und danach war es etwas ruhiger.

F: Ich habe auch gemerkt, dass Rechte, die sich immer schlagen wollten, sich dann zurückgehalten haben.

Allerdings gab es dann am 29. November erneut eine rechtsmotivierte Gewalttat.

F: Ja, an diesem Abend haben wir im Keller vom Stadthaus eine LAN-Party organisiert.

M: Als ein Freund von uns dort ankam, wurde er von ein paar Rechten gestoppt und als „Zecke“ beschimpft. Dann prügeln sie mit einer Metallstange auf ihn ein. Er hatte einen gebrochenen Finger, ein Schädeltrauma und vorübergehend auch eine Art Amnesie. Danach trieben sie ihn noch durch den Keller des Hauses.

Der Schläger hat laut Polizei Verbindungen zur Neonazi-Gruppierung KAMERADSCHAF MALCHIN. Wie schätzt Ihr die rechte Szene in der Stadt ein?

S: Das ist so eine Mischung aus Saufnazis, die betrunken gefährlich werden, und Kameradschaftsnazis. Der Kreis der extrem Organisierten ist gar nicht mal so groß,

vielleicht zehn Personen, und dann kommen halt noch Mitläufer dazu.

M: Die fallen aber durch regelmäßige Nacht-und-Nebel-Aktionen auf: Plakatieren, Aufkleber in der ganzen Stadt verteilen, Sprühschablonen zum Rudolf-Hess-Todestag und Parolen an Häuserwänden oder Bushaltestellen.

F: Malchiner nahmen auch an Aufmärschen beispielsweise in Berlin, Rostock oder Neubrandenburg teil. Und es gibt Kontakte zur NPD, nach Teterow, Gnoien und Demmin.

M: Ich habe den Eindruck, die Kameradschaft ist so eine Art Verteilerstation für andere Neonazigruppen in der Region. Also ich weiß, dass die Aufkleber und so was nach Demmin schicken.

Es gab in der Stadt Diskussionen um ein Fanprojekt des Fußballvereins mit den PEENE VIKINGS. Wie seht Ihr diese Gruppe?

F: Es gibt wohl schon ein paar normale Leute, die auch von den Vikings angetan sind. Inwiefern man die zur rechten Szene zählen kann, ist fraglich. Ich persönlich würde aber sagen, dass der Kern fast eins zu eins mit der Kameradschaft übereinstimmt. Die Nazis tragen ja auch Pullover von den PEENE VIKINGS.

M: Auf mich wirkt das so, als wenn die Rechten dadurch versuchen wollen, ihre Kreise auf neutrale Jugendliche auszuweiten. Um denen was zu bieten.

F: Die haben eben auch Kontakte nach Neustrelitz und Waren zu anderen Rechten und fahren da zu Fussballspielen.

Wie werden rechte Strukturen und die Angriffe in Eurem persönlichen Umfeld oder überhaupt in der Stadt wahrgenommen?

F: Die Leute werden langsam etwas offener in dieser Hinsicht. Es gibt auch Menschen, die Aufkleber und so entfernen. Auch bei einem Bildungsgipfel wurde das Problem thematisiert und es soll einen Präventionsrat geben.

M: Nach dem Angriff im November hat sich der Bürgermeister erstmals dafür interessiert. Das war schon krass. Und er hat uns zu einem Gespräch eingeladen und wollte wissen, was da im Stadthaus passiert ist. Und von Seiten der Stadt wurden wir auch beim Finden neuer Räume unterstützt, das war gut.

F: Von Seiten der Polizei wird das gewalttätige Potential der Nazis aber nicht immer ernst genommen.

Welche Veränderungen wünscht Ihr Euch?

M: Mehr öffentliche Aktionen, nicht nur ein kleiner Bericht im Stadtblatt. Eine klare Positionierung: Ja, wir haben ein Problem. Sonst entsteht nach außen der Eindruck, da hat niemand etwas dagegen.

F: Dass dem Thema Nationalsozialismus an der Schule mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, als das jetzt in einigen Klassen der Fall ist - oder jüngere, motiviertere Lehrer eingesetzt werden.

Wie seht Ihr denn die Zukunft in Malchin, was diese Entwicklungen betrifft?

S: Das mit den Nazis wird, glaube ich, schlimmer. Weil wir weniger Leute werden. Ein paar von uns gehen studieren oder ins Ausland.

F: Und das spielt den Nazis in die Hände. Weil eine Gegenkultur fehlt und die Rechten sich längerfristig was aufbauen. Das geht bei uns nicht, wenn man weiss, dass die Leute nach der Schule weggehen. Und dann sind ja auch noch Kommunalwahlen.

Vielen Dank für das Interview! ■

Teterow / 10. Januar 2009

Auf das Wohnhaus eines SPD-Politikers wird ein Farbanschlag verübt. Ein in der Nähe parkendes Fahrzeug wird beschädigt. Der Betroffene geht von einer politisch motivierter Attacke aus, weil er sich in der Stadt gegen Rechts engagiert.

Rostock / 18. Februar 2009

Im Stadtteil Südstadt wird eine junge Frau in den frühen Morgenstunden wegen ihres Outfits von drei Rechten als „Scheiß Zecke“ beschimpft. Als sie versucht zu fliehen, wird sie von ihnen verfolgt und so heftig an ihrer Kleidung gepackt, daß sie stürzt. Anschließend tritt einer der drei Schläger der am Boden liegenden Frau mit seinem Stiefel ins Gesicht. Die Betroffene muss sich wegen Prellungen ambulant behandeln lassen.

Bützow / 07. März 2009

Am Jugendclub der Stadt wird eine Scheibe eingeschlagen sowie ein Hakenkreuz, ein SS-Zeichen und der Spruch „Wir kommen wieder“ gesprüht. Der Jugendclub war lange Jahre ein beliebter Treffpunkt der rechten Szene. Nach einem Trägerwechsel und einer konzeptionellen Neuausrichtung im vergangenen Jahr werden rechte Äußerungen dort jedoch nicht mehr widerspruchslos toleriert.

Güstrow / 14. März 2009

In der Innenstadt wird eine junge Frau von etwa zehn vermummten Rechten als „Scheiß Zecke“ beschimpft und angegriffen. Sie schlagen und treten ihr mehrfach gegen den Kopf, so dass sie Verletzungen davon trägt, die später amulant behandelt werden müssen. Die junge Frau war auf dem Weg zu einer Bündnisdemonstration gegen rechte Aktivitäten in der Kreisstadt. Die Veranstalter gehen davon aus, dass nur die Anwesenheit der Polizei weitere Attacken verhinderte.

Altes Modell in neuen Städten

Die „Bürgerinitiativen“-Methode mit der sich Neonazis zum Teil erfolgreich einen seriösen Anstrich geben, findet Nachahmer. Seit November 2008 ist eine INTERESSENGEMEINSCHAFT „SCHÖNERES STRASBURG“ mit einer Website im Internet präsent. Die Gruppe ist schon seit 2006 in der Uckermark-Stadt aktiv und gibt den „Strasburger Beobachter“ heraus. Die bislang 14 Ausgaben des Faltblattes erinnern an Neonazi-Postillen wie den INSELBOTEN. Unter der Kontaktadresse ist Uwe Krumrei geführt, der sich auch an Infoständen der Gruppe beteiligte und für die NPD auf Platz 4 der Landesliste bei den Bundestagswahlen 2005 kandidierte. In Friedland hat im Herbst eine BÜRGERINITIATIVE „SCHÖNER UND SICHERER WOHNEN IN FRIEDLAND“ Flugblätter gegen die Schließung eines angeblichen Jugendtreffs verteilt, bei dem es sich allerdings um einen Veranstaltungsort für Konzerte der Neonazi-Szene handelte.

Marsch, Marsch

Der HEIMATBUND POMMERN hat nach eigenen Angaben einen 30 km langen Marsch am Malchiner See, beginnend in Wendischhagen, durchgeführt. In der am 13. Februar veröffentlichten Meldung heißt es, dass die Teilnehmer erfahren sollten „wie es unseren Großvätern im Kriege erging“ und sie nicht aufhören sich „Koerperlich und Geistig zu schulen, bis unsere Jugend frei ist vom Ungeist dieser Zeit“. Der 6. „Tollensemarsch“ am 28. Februar zog in diesem Jahr deutlich weniger Neonazis als noch in den Vorjahren an. Der Marsch begann in Burg Stargard und wich damit das zweite Jahr in Folge angekündigten Protesten aus. Das ANTIFASCHISTISCHE JUGENDBÜNDNIS hatte gemeinsam mit der Linkspartei zwei Kundgebungen auf der ursprünglichen Route angemeldet. Eine weitere kleinere Gruppe marschierte offenbar erst gar nicht

„Sechs Millionen sind nicht genug“

Ein Moment der Fassungslosigkeit herrschte am 09. November auf dem Marktplatz von Waren (Müritz). Zahlreiche Menschen hatten sich dort versammelt, um an die Reichspogromnacht zu erinnern und der einheimischen Opfer des Holocaust zu gedenken. Plötzlich tauchte eine Gruppe verummter Neonazis auf und störte die Veranstaltung. Kein Einzelfall: Eine Welle antisemitisch motivierter Aktionen ist derzeit in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten.

Die Ereignisse in der Müritz-Stadt sind nur ein Beispiel für die drei Dutzend antisemitischen Vorfälle in den letzten zwölf Monaten. Friedhöfe in Demmin und Neustrelitz wurden geschändet, ein Gedenkstein in Teterow beschädigt, das Haus der jüdischen Gemeinde in Rostock attackiert, Parolen in Malchin und Möllenhagen geschmiert. Antisemitismus ist eines der wesentlichen Ideologieelemente der radikalen Rechten und findet regelmäßig Ausdruck in ihren Aktionen. Schon im Jahr 2002 kam es zu einer erschreckenden Vielzahl von Gedenkstättenerschandungen und innerhalb der Szene werden die altbekannten Stereotype in Publikationen oder im Rechtsrock gepflegt. Die aktuellen Ereignisse stellen durch ihr Ausmaß dennoch eine neue Qualität dar. Insbesondere die jüngste Eskalation des Nahost-Konflikts wurde zum Anlass für antisemitischen Aktionismus junger Neonazis und vermehrte Verbalattacken der NPD. Während sich dieser Judenhass einerseits hinter der Maske der Israelkritik versteckt, leugnet oder verherrlicht er den Massenmord des Holocaust und vergeht sich in Gewalttaten ein zweites Mal an den Opfern deutschen Vernichtungswahns.

Erinnerungsabwehr

Die Erinnerung an die Vernichtung des europäischen Judentums durch die Deutschen ist dabei zu einem Fixpunkt des modernen Antisemitismus geworden. In der Neonazi-Szene wird das Gedenken an die Opfer etwa als „Holocau\$t-Kult“ verhöhnt: Jüdinnen und Juden, heißt es auf einer vorpommerschen Website, würden die Erinnerung nur nutzen, um Macht über die Deutschen auszuüben oder ihnen „möglichst viele Schuldgefühle einzureden und sie so zu neuen Zahlungen zu bewegen“. Damit wird einerseits die deutsche Verantwortung für den Massenmord oder das Verbrechen überhaupt abgestritten - Gedenken andererseits als „St. Holockauscht“ diffamiert. Anderswo ist die rechte Szene freimütiger: Eine rechte Schmiererei in Greifswald verkündet „Sechs Millionen sind nicht genug“. Über solche Vernichtungswünsche hinaus schlägt die Erinnerungsabwehr bereits in Aggression um, wenn, wie im Januar in Stralsund, Stolpersteine beschädigt oder jüdische Friedhöfe geschändet werden.

„Brenne, Israel, brenne“

Im Dezember fand sich die Parole „Bomben auf Israel“ an der früheren Synagoge Güstrows. Israel, das sich nicht nur als jüdischer Staat und Zufluchtsstätte für die Betroffenen von Antisemitismus versteht, sondern auch seit 60 Jahren in einem anhaltenden Konflikt mit seinen arabischen Nachbarn befindet, stellt aktuell die beliebteste Projektionsfläche antisemitischer Ressentiments dar. Während etwa NPD-Chef Pastörs im Schweriner Landtag das Land als „Terrorstaat“ bezeichnet, demonstriert seine Anhängerschaft mit antisemitischen Parolen durch die Straßen Güstrows, Stralsunds oder Greifswalds und schmiert Losungen wie „Zionismus zerschlagen“, „Juden raus“ und „Fuck USrael“ an Häuserwände. Wahwitzige Gleichsetzungen der israelischen Politik mit dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg oder eine Dämonisierung des Landes dienen zudem der Relativierung des Holocaust und der Aktualisierung alter Vorurteile. Gleichzeitig sprechen sie Israel die Existenzberechtigung ab und wünschen seine Vernichtung herbei. Folgerichtig bietet der NPD-Abgeordnete Birger Lüssow in seinem Versandhandel Anstecker mit der Parole „Burn Israel burn“ an.

Phantasien jüdischer Allmacht

Vielfältige Verknüpfungen von AntisemitInnen können jüdisches Leben in Deutschland sowohl mit der Erinnerung an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, dem Nahostkonflikt zwischen Israel und seinen Nachbarn wie auch der internationalen Politik und Wirtschaft in einen Zusammenhang bringen: In einer Rede Anfang des Jahres sprach Udo Pastörs über die BRD als von Juden beherrscht, witterte eine globale jüdische Verschwörung und machte sie für die gegenwärtige Finanzkrise verantwortlich. Antisemitismus funktioniert hierbei als ein wahnhaftes Phänomen zur umfassenden Erklärung der modernen Gesellschaft und mündet in Vorstellungen einer jüdischen Weltverschwörung. „Jeden Gedanken, den sie glauben zu fassen, hast du ihnen in den Kopf gesetzt, gut versteckt, fast unsichtbar, hinter dem Mantel von Freiheit und Recht“, textet etwa die vorpommersche Neonazi-Band „Die Liebenfels Kapelle“ und greift dabei Phantasien jüdischer Allmacht auf, wie sie das berühmt-berühmte Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“ formuliert. Menschenrechte und Demokratie, heißt es darin etwa, seien neben Hinterlist und Intrige Werkzeuge des Judentums, um die Herrschaft über die Welt zu erlangen. Mit diesem Verweis auf jüdische Täuschungen können offensichtlich widersprüchliche und irrationale antisemitische Vorstellungen erklärt werden, die Jüdinnen und Juden für Kapitalismus wie auch Sozialismus verantwortlich machen oder sie als schwächliche Gestalten wie auch starke und brutale israelische Soldaten zugleich darstellen. Der moderne Antisemitismus in seinen vielfältigen Facetten ist damit mehr als bloß ein Vorurteil gegenüber einer Religion. Indem er jedes erdenkliche Ereignis auf eine jüdische Verschwörung zurückzuführen weiß, stellt er einen Versuch der Deutung der Welt in banal-naiven wie rassistisch-nationalistischen Kategorien dar. Seine Bedeutung für die diversen Ideengebäude der radikalen Rechten darf dabei nicht unterschätzt werden: Durch seinen vermeintlich umfassenden Erklärungscharakter ist er in der Lage, ein Bindeglied der verschiedensten, sich nicht selten widersprechenden Ideologiefragmente bereitzustellen. Am Ende, so die ihm innewohnende Logik, stecke hinter allem irgendwie „der Jude“.

Mörderischer Wahn

Zugleich darf nicht übersehen werden, dass Antisemitismus nicht nur ein Phänomen vom rechten Rand ist. So ergab eine aktuelle Umfrage des Rostocker Vereins Soziale Bildung unter Jugendlichen mehrerer Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns, dass mehr als ein Fünftel von ihnen stabile antisemitische Einstellungsmuster aufweist. Wie andere ideologische Elemente der radikalen Rechten finden sich Vorbehalte gegenüber Jüdinnen und Juden auch in der Mitte der Gesellschaft, in allen Parteien, bei Gewerkschaften oder Teilen der Linken. Bei den jüngsten Protesten gegen Israels Militäreinsatz im Gaza-Streifen etwa waren gleichfalls von Teilen migrantischer Communities und der Friedensbewegung antisemitische Parolen zu vernehmen: In Rostock setzten einzelne Demonstranten Zionismus und Faschismus gleich und brandmarkten einen Holocaust in Gaza.

Die Geschichte zeigt, dass hinter den Projektionen der Antisemiten keine Enthüllungen über Jüdinnen und Juden stecken, sondern vielmehr eigene unterdrückte Gefühle und nicht zuletzt das Bedürfnis nach Terror. Von den Anfängen bis in die Gegenwart – von Vertreibungen und Pogromen im Mittelalter über Ausgrenzung und Vernichtung im 20. Jahrhundert bis hin zu den fortdauernden Anschlägen auf Gedenkstätten und jüdische Einrichtungen – ist die Geschichte des Antisemitismus begleitet von Gewalt. Sie bildet letztendlich die Essenz eines mörderischen Wahns, der sich als Gerechtigkeit ausgibt. ■

 Eine Liste antisemitischer Vorfälle und Fotobelege sind auf www.lobbi-mv.de zu finden

mit, sondern wollte die ehemalige NS-„Führerschule der deutschen Ärzteschaft“ in Alt Rehse besichtigen. Dort erwarteten sie allerdings extra verschlossene Tore und ein Transparent der Gemeinde: „Wir für Demokratie und Toleranz“.

Trauer - Propaganda aus und in M-V
Über 6500 Personen nahmen am 14. Februar in Dresden am bislang größten Naziaufmarsch seit 1945 teil. Beobachter gehen von über 300 Rechten aus, die allein aus M-V zu dem revisionistischen „Trauermarsch“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten anreisten - u.a. aus Neubrandenburg und Wittenburg. Zudem flankierten einheimische Neonazis die Demonstration mit eigenen Aktionen. Am 07. Februar veranstalteten die NATIONALEN SOZIALISTEN BOIZENBURG eine Mahnwache in Boizenburg. Hinter dem Transparent „Nach unserem Sieg - nie wieder Krieg!“ versammelten sich 18 TeilnehmerInnen. Plakate der MECKLENBURGISCHEN AKTIONSFRONT mit Bezug zu Dresden wurden u.a. in Malchin, Gnoien, Loitz und Rostock geklebt - in Jarmen und Demmin wurden zusätzlich Parolen an Hauswände gesprüht. Auf der Kriegsgräberstätte Golm für die Opfer der Bombardierung Swinemündes auf Usedom legten am 13. März etwa 40 Neonazis aus der Region Kränze nieder und verteilten Flugblätter über das „Dresden des Nordens“. Das Neonazinetzwerk SNBP berichtet über die Aktion und wirft der offiziellen Trauerfeier vor, nur „Verräter, Feiglinge und Deserteure“ in den Mittelpunkt zu stellen. In Schwerin legte die DVU am 15. März einen Kranz für die „tapfersten Soldaten der Welt“ ab und meinte damit offenbar die Wehrmacht. In Koblenz bei Pese-walk hieß es gar auf einem Kranz: „Sie waren die besten Soldaten der Welt“. Ein weiteres Gebinde kam dort von der KAMERADSCHAF BORKEN.

Partner

Betroffene rechter Gewalt finden auch in anderen Bundesländern professionelle Unterstützung. In Brandenburg durch die OPFERPERSPEKTIVE, durch REACH OUT in Berlin, über die RAA Sachsen, den THO in Thüringen und die MOBILE OPFERBERATUNG in Sachsen-Anhalt. Links zu den Internetseiten unserer Partnerprojekte, außerdem weitere Verweise auf KooperationspartnerInnen und interessante lokale und überregionale Angebote sind zu finden unter:

www.lobbi-mv.de

BERATEN
STÄRKEN
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder ZeugInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? Ihre Mitteilung kann helfen den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.

Sie können unsere Arbeit durch Ihre Spende fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

Gut informiert

Das „I“ im Namen LOBBI steht für Information. Damit sind aber nicht nur Auskünfte in der individuellen Beratung von Betroffenen gemeint. Ergänzend unterbreitet der Verein auch Angebote, die die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit fördern und zu Hintergründen rechter Gewalt sowie Neonazi-Strukturen informieren. Gleichzeitig heißt Information auch, das Beratungsangebot der LOBBI bei den Zielgruppen rechter Gewalt bekannter zu machen und KooperationspartnerInnen zu gewinnen. Dies geschah beispielsweise 2008 rund ein Dutzend Mal durch Informationsveranstaltungen, etwa in Demmin, Rostock, Hamburg oder Burg Stargard. Zusätzlich beteiligte sich der Verein mit Info- und Bücherständen an zehn weiteren Veranstaltungen. In diesem Jahr bot die LOBBI bereits Vorträge an der Hochschule und zwei Jugendclubs in Neubrandenburg sowie vor Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen an. Eine wichtige Rolle spielen aber auch Medienkontakte. An die 100 Mal informierten die BeraterInnen JournalistInnen im vergangenen Jahr zu konkreten Angriffen oder wurden als ExpertInnen zu Entwicklungen in der rechten Szene oder regionalen Situationseinschätzungen angefragt. Nicht zuletzt hat die LOBBI 2008 den Rundbrief PERSPEKTIVEN als eigenes aktives Informationsinstrument entwickelt. Viermal jährlich wird das Heft an KooperationspartnerInnen, andere Opferberatungsprojekte, StaatsanwältInnen, RichterInnen, JournalistInnen verschickt und in Jugendclubs, öffentlichen Einrichtungen und an Infoständen ausgelegt. ■

LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Regionalbüros:



LOBBI West
Hermannstraße 35
18055 Rostock
mobil: 0170 528 2997
Fon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tilly-Schanzen-Strasse 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.8442189
Telefon: 0395.4550718
Fax: 0395.4550720
ost@lobbi-mv.de

Unser Spendenkonto:

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontonr.: 205040 594
BLZ: 130 50 000

LOBBI wird gefördert durch:

**Mecklenburg
Vorpommern**
Ministerium für Soziales
und Gesundheit

